

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark  
Anzeigennummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung  
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 10  
Fernsprecher Nr. 5800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 5803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Ein Behntel für die Junfer!

#### Die Belastung der Lebensmittel durch den Zoll

Es hat den Anschein, daß weite Schichten der Verbraucher, insbesondere soweit sie den Gewerkschaften fernstehen, noch nicht genügend die schwere Lage würdigen, die ihnen die Zolltarifvorlage der Regierung auferlegen will. Über das Ausmaß der Gesamtbelastung sich ein Bild zu machen, ist allerdings kaum möglich. Zumeist bekommt man einen recht kräftigen Vorgeschmack, wenn man erfährt, daß allein bei vorläufigster Berechnung die allernotwendigsten Lebensmittel einer Familie sich um rund 150 M im Jahr verteuern würden. Ein Familienvater also, der bei achtstündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 62 S erhält, muß ein Behntel davon allein für die Lebensmittelgasse draufgeben.

Da für die Nachkriegszeit brauchbare Unterlagen über den tatsächlichen Haushalt von Arbeiterfamilien fehlen, so haben wir der folgenden Berechnung das Wertigkeitsmuster des statistischen Reichsamts zugrunde gelegt, das bekanntlich sich nur auf die notwendigsten Lebensmittel und in teilweise durchaus unzureichenden Mengen beschränkt. Dieses Muster gibt den dringlichsten Nahrungsmittelverbrauch einer minderbemittelten fünfköpfigen Familie (zwei Erwachsene, Knabe von 14 Jahren, Mädchen von 7, Kind von 1 1/2 Jahren) für jeweils vier Wochen an. Die dreizehnsache Menge wäre also der Jahresbedarf. Unsere Aufstellung enthält in der ersten Spalte die Art der Lebensmittel, in der zweiten Spalte den Verbrauch in Kilogramm, in der dritten Spalte die Mehrzahl der Reichsmark und Jahr, wie sie sich durch die Zollbelastung ergeben würden.

Lebensmittel	Verbrauch der Familie in 4 Wochen kg	Jährliche Verbrauchsgröße
Roggenbrot	40	28,20
Weizenbrot	5	4,90
Weizenmehl	4	4,00
Graupen	1,800	0,91
Weizenkleie	1,200	2,63
Getreide	1,200	1,58
Reis	1,200	0,96
Hülsen	1,800	0,26
Bohnen	1,838	0,05
Kartoffeln	50	7,00
Gemüse (Kart. und Weizkohl)	15	7,90
Rindfleisch	3,5	20,50
Schweinefleisch	1,5	8,90
Hammelfleisch	1	5,85
Speck	0,5	2,94
Leberwurst	2	11,70
Butter	2	7,80
Margarine	2	7,80
Schmalz	2,25	3,65
Käse	1,75	6,83
Salzheringe	1,5	0,61
Jüder	3,5	4,05
Eier	28 Stück	1,82
Vollmilch	35 Liter	6,82
Kaffeesatz	1,25	1,83
Jährliche Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel		149,91

So soll der „minderbemittelte“ Familienvater — denn nur für die notwendigsten Ausgaben einer solchen Familie ist ja das Wertigkeitsmuster entworfen — blanke 150 M hernehmen? Dabei ist unsere Berechnung, wie wir schon betont haben, besonders vorsichtig aufgestellt und ergibt sicherlich eine viel zu geringe Belastung. Statt der hohen Zölle für Weizen, Graupen, Getreide, Hazerloden haben wir nur den Mindestzoll für die entsprechende Getreideart eingeleitet, statt des Zolls für einfach zubereitetes Fleisch (Leberwurst) nur den Zoll für Fleisch- und Geflügelfleisch, statt des Milchzolls nur den Butterzoll (unter Berücksichtigung des Wertverhältnisses von Butter und Milch). Bei Gemüse setzten wir nur den Zoll für Rot- und Weizkohl ein, ohne uns an den höheren Zoll für die übrigen Gemüse zu halten, bei Kartoffeln haben wir den hohen Zoll für Frühkartoffeln nur für die Monate Juni und Juli berücksichtigt.

Daß die obige Ernährungsvorlage äußerst dürftig ist, eben nur die notwendigsten Dinge enthält, ergibt sich auf den ersten Blick. Es fehlen Obst, Gemüse, Bier, Limonade und ähnliche Dinge, die durch Zölle ebenfalls teurer werden. Für die engen Grenzen, in denen sich die Vorlage bewegt, ist weiterhin zu bezeugen, daß nach amtlichen Angaben der Fleischkonsum im Jahre 1924 je Kopf 41 Kilogramm betrug, während hier einschließlich Leberwurst, Speck und Schmalz knapp 29 Kilogramm zusammenkommen. Man wird ferner zu beachten haben, daß die Verteuerung der Lebensmittel auch eine Erhöhung der Umsatzsteuerbeträge bedingt, die ebenfalls vom Verbraucher getragen werden. Es ist also mit Händen zu greifen, daß der von uns errechnete Betrag von 150 M bei weitem nicht ausreicht.

Die Preiserhöhung für die übrigen Bedürfnisse des Haushalts, Küchengeräte, Möbel, Seife, Schuhe usw., läßt sich gar nicht abschätzen. Es ist völlig ausgeschlossen, daß die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung diese beispiellose Belastung tragen kann.

Daß das Reich große Einnahmen aus den Zöllen ziehen wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht anzunehmen. Nach einer Berechnung von Prof. Brentano kam die Belastung der Verbraucher durch die Zölle auf 12 vH der Staatskasse zugute, und Hafer im Jahre 1907 nur zu 12 vH der Staatskasse zugute, die übrigen 88 Hundertteile flossen in die Taschen Privater. Darum in letzter Minute die Rechnung an alle: Wehrt euch!

### Der Anteil des Arbeitslohnes am Preis

In der im Verlag der Frankfurter Zeitung regelmäßig erscheinenden Schrift Die Wirtschaftskurve wird seit Beginn des Jahres 1923 der Versuch gemacht, stichhaltiges Tatsachenmaterial zu sammeln über die Frage, wie der Anteil des Arbeitslohnes am Preise des Produkts sich im Laufe der Zeit ändert, ob er steigt, sinkt oder gleich bleibt. Der Gegenstand hat zwar, wie wir später sehen werden, keineswegs die Bedeutung, die der Volkswirtschaftler ihm beimißt. Aber darum hat er doch eine Bedeutung; deshalb lohnt es sich, die bisher gewonnenen Ergebnisse einer kurzen Prüfung zu unterziehen.

Dabei liegt freilich auf der Hand, daß Schlüsse daraus nur mit Vorsicht gezogen werden dürfen. Denn die Quelle für solche Forschungen sind die Fabrikationskalkulationen der Unternehmer, und die werden allgemein als tiefstes Geheimnis behütet. So sind es denn nur ganz spärliche Beiträge, die die „Wirtschaftskurve“ zu der Sache hat zusammenbringen können. Aus nicht mehr als fünf Industriezweigen, nämlich der Textilindustrie, Brauerei, Möbelfabrikation, Ruhrkohlenbergbau, Eisenindustrie sind ihr Berechnungen zur Verfügung gestellt worden, die sich nur auf einzelne Fälle beziehen. Und wenn man selbst diese wenigen Industrien in die Teilgebiete spaltet, aus denen die Angaben stammen, so kommen immer erst elf Zahlen heraus (die zu 13 Zahlen werden, weil in der Brauerei Löhne und Gehälter, im Kohlenbergbau Hauerlöhne und Gehälter getrennt berechnet sind). Überdies stammen die Zahlen nicht durchweg aus denselben Jahren. Will man mit aller wissenschaftlichen Strenge verfahren, so ist jede Schlussfolgerung aus einem so unvollkommenen und schließlich fast nur zufällig zusammengekommenen Material abzulehnen. Da indessen der Gegenstand in der deutschen Arbeiterbewegung große Anteilnahme erregt und sogar auf die gewerkschaftliche Taktik einen gewissen Einfluß ausgeübt hat, wollen wir immerhin sehen, was die Zahlen der „Wirtschaftskurve“ etwa zu lehren vermögen.

Wir geben sie zunächst in einer zusammenfassenden Tabelle wieder. Die Zahlen der Aufstellung bedeuten, wieviel Hundertteile vom Verkaufspreis des jeweiligen Produkts für Löhne oder Gehälter bezahlt worden sind.

Jahr	Textil (Garn- u. Web-)		Brauerei		Möbelfabrikation		Eisen	
	Umsatz	Produkt	Umsatz	Produkt	Umsatz	Produkt	Umsatz	Produkt
1913	—	—	—	—	—	—	—	—
1914	5,5	10,4	14,9	7,8	8,7	26,9	67	89
1919	1,5	6,8	8,1	13,8	5,4	—	74	39
1920	1,9	5,4	6,9	23,9	7,8	17,8	51	26
1921	0,7	6,4	9,0	11,8	8,8	—	58	20
1922	2,1	8,8	5,5	12,8	5,8	8,0	31	11,8
1923	2,0	8,7	5,9	8,7	4,9	10,8	—	—
1924	3,2	6,0	8,7	9,4	5,9	18,8	—	—
Jan. 1925	—	—	—	—	—	28,8	—	—

Auf den ersten Blick zeigt die Aufstellung, wie ungeheuer verschieden der Hundertsatz der Löhne schon innerhalb dieser wenigen Industrien ist: vor dem Kriege 5 vH in der Spinnerei, 10 vH in der Weberei, 31 vH in der Eisengießerei, 60 vH im Kohlenbergbau. Ein Zeichen, wie verschieden die „organische Zusammenfassung“ des Kapitals in den einzelnen Industrien, das heißt wie verschieden weit vorgeschritten ihre kapitalistische Entwicklung ist. Die Mannigfaltigkeit würde zweifellos noch viel größer, wenn es gelänge, aus mehr Industriezweigen Angaben beizubringen.

Trotzdem zeigt sich eine gewisse Übereinstimmung insofern, als bis zum Jahre 1920 (nur soweit reichen die Zahlen a l e r hier einbezogenen Industriezweige), mit einziger Ausnahme der Brauerei, überall der Lohnanteil am Produktionspreis abgenommen hat. Und auch die Brauerei lenkt in den folgenden Jahren in dieselbe Richtung ein, so daß die Tendenz auch dort die gleiche und das Ansteigen bis 1920 besonderen Einflüssen geschuldet zu sein scheint. Das Ausmaß der Abnahme ist allerdings wieder sehr ungleich. Gegenüber der Vorkriegszeit war 1920 der Lohnanteil gesunken: in der Spinnerei auf 36 vH, in der Weberei auf 53 vH, im Kohlenbergbau (ämtliche Löhne) auf 81 vH, in der Eisenkonstruktion auf 74 vH. Ungleich ist auch die Bewegung in den einzelnen Jahren: in mehreren Industrien stand der Lohnanteil 1919 höher als vor dem Kriege, so daß dort die Senkung erst 1920 begann. Ebenso zeigen die folgenden Jahre große Ungleichheit der Veränderung in den verschiedenen Industrien, hier Zunahme, dort Abnahme.

Das kann auch gar nicht überraschen. Denn die Dinge liegen ja nicht so, wie offenbar vielfach geglaubt wird, daß die Zunahme des Lohnanteils stets ein Beweis entweder steigender Löhne oder sinkender Preise sei, und umgekehrt, sondern die mannigfaltigsten und oft zufälligen Umstände wirken darauf ein. Obgleich die von der „Wirtschaftskurve“ beigebrachten Fälle recht gering an Zahl sind, und obgleich nur bei einem Teil von ihnen die unmittelbaren Anlässe angegeben sind, finden wir darin schon die folgenden verschiedenen Ursachen einer Änderung des Hundertsatzes: für das Steigen des Lohnanteils: 1. Erhöhung der Löhne, 2. Sinken der Verkaufspreise, 3. Aufschlag (das heißt zeitweiliger Schutz des Lohns gegen Sinken), 4. Einschränkung des Absatzes und der Produktion, ohne daß zugleich Verminderung des Personals möglich gewesen wäre (in der Brauerei), 5. Zunahme der unproduktiven Löhne, Vermehrung der Angestellten und Beamten, 6. Rückgang der Arbeitsleistung, 7. Rückgang der Selbsteinnahmen. Für die Verminderung des Lohnanteils finden wir angegeben: 1. Erhöhung der Verkaufspreise, 2. Verteuerung des Rohmaterials, der Hilfsstoffe

(namentlich des Brennmaterials), der Frachtkosten, 3. Selbstentwertung, 4. Vermehrung des Absatzes, 5. Personalabbau. Es wäre ein Wunder, wenn bei so viel verschiedenartigen Einflüssen der Lohnanteil in den verschiedenen Industriezweigen sich gleichmäßig verändern würde. Damit ist aber auch schon gesagt, daß die Hoffnungen, die man offenbar an manchen Stellen für die gewerkschaftliche Taktik auf diese Untersuchungen setzt, sich wohl schwerlich erfüllen können.

Trotzdem scheint nun aber doch das eine festzustellen, daß in allen hier beobachteten Fällen der Lohnanteil jetzt (das heißt jedesmal in dem letzten Jahr der Untersuchung) kleiner ist, als er vor dem Kriege war. Auch das gilt freilich nicht ohne jede Ausnahme. Aber den Januar 1925 können wir, als gar zu vereinzelte Angabe, vorläufig beiseite lassen; in der Brauerei fallen die unproduktiven Löhne besonders stark ins Gewicht; und in der Eisenkonstruktion liegt ebenfalls die Verteuerung nahe, daß der plötzliche und unerwartete Anstieg des Jahres 1922 besonderen Anlässen zu danken ist, die sich vielleicht später wieder ausgeglichen haben. Ziehen wir — was an sich bei so wenigem und so ungleichem Material allerdings nicht zulässig ist — den Durchschnitt, so ergibt sich:

Jahr	Durchschnitt sämtlicher Branchen bis 1920	Durchschnitt derjenigen, die bis 1923 erliegen	Durchschnitt derjenigen, die bis 1924 erliegen
1913/14	18,2	20,7	11,4
1919	18,1	—	—
1920	14,2	17,0	10,6
1922	—	11,8	6,8
1923	—	—	5,4
1924	—	—	8,8

Dieses Ergebnis darf — wegen der wiederholt betonten Mängel des Materials — gewiß nicht wörtlich genommen und namentlich nicht verallgemeinert werden. Aber daß der Lohnanteil am Preise des Produkts im Laufe dieser Jahre geringer geworden ist, das wird man als sicher annehmen dürfen, wenn wir auch nicht zu sagen vermögen, mit welcher Geschwindigkeit, um wieviel, usw., zumal auch andere Untersuchungen das selbe Ergebnis gezeigt haben. Es hat die vorjährige Untersuchung im Textilgewerbe eine zum Teil sehr bedeutende Abnahme des Lohnanteils zwischen 1914 und 1924 offenbart.

Die große Frage ist nun aber, was man aus dieser Tatsache folgern darf. Haben wir hier wirklich, wie manche zu glauben scheinen, einen richtigen Maßstab für das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit vor uns, der als Richtschnur für die jeweilige gewerkschaftliche Taktik dienen kann? Hier scheint ein wichtiger theoretischer Fehler zu liegen.

Unter Marxisten darf ich zwei Dinge als bekannt voraussetzen, nämlich daß zu einer gesunden Wirtschaft die andauernde Vermehrung der Produktion gehört und daß ständige Zunahme der Produktion in Hand geht mit Steigerung der Ergiebigkeit, und zwar in Wechselwirkung: gesteigerte Ergiebigkeit der Arbeit vermehrt die Produktion, vermehrte Produktion steigert die Ergiebigkeit.

Damit ist gegeben, daß die gleiche Arbeitsleistung immer mehr Produkte erzielt, also immer mehr Produktionsmittel verarbeitet und folglich die Menge der geleisteten Arbeit im Verhältnis zur Menge der verarbeiteten Produktionsmittel abnimmt. Dies aber bedeutet in der kapitalistischen Wirtschaft nicht Steigerung, sondern Senkung des Lohnanteils.

An einem Zahlenbeispiel erläutert, sieht die Sache etwa folgendermaßen aus: Wenn zu einem gegebenen Zeitpunkt die mit 10 (Mark oder Franken oder Rubel) bezahlten Arbeitskräfte 100 Pm\* verarbeiten, die übrigen Untkosten 5 und der Profit 25 vH der Kapitalsumme beträgt, dann kostet das fertige Produkt:

$$100c + 10v + 5U + 28,75p = 143,75.$$

Hier macht der Lohn 10:143,75 aus, das sind annähernd 7 vH. Sehen wir nun den Fall, daß sich die Ergiebigkeit verdoppelt, sonst aber alle Umstände dieselben bleiben wie zuvor. Dann verarbeiten dieselben mit 10 bezahlten Arbeitskräften 200 Pm und es ergibt sich folgender Preis:

$$200c + 10v + 5U + 53,75p = 268,75.$$

Jetzt beträgt der Lohn nur 10:268,75 oder ungefähr 3,7 vH. Mit anderen Worten: Bei sonst gleichbleibenden Umständen muß unter der Herrschaft des Kapitalismus, solange die Wirtschaft gesund ist, der Anteil des Arbeitslohnes am Preise des Produkts ständig abnehmen.

Übrigens kann sich kein Marxist über dieses Ergebnis wundern, denn es ist ja nur ein anderer Ausdruck für die Tatsache, daß der Kapitalismus — in seinen gesunden Tagen — wohl imstande ist, die Produktion ins Märchenhafte (verglichen mit früheren Produktionsweisen) zu steigern, aber unfähig, die wachsenden Warenmassen dem Verbrauch zuzuführen. Das bedeutet, daß aus dem gesunden Funktionieren des Kapitalismus jenes Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch entsteht, welches der Keim zu seiner Erkrankung und zu seinem schließlichem Untergang ist.

Wie nun? Der Lohnanteil am Warenpreis ist seit 1914 zweifellos geringer geworden. Aber kann nicht der Kapitalist, wenn man ihm das vorhält, erwidern, dies sei ein Zeichen der fortschreitenden Gesundung der Wirtschaft? Wir wissen freilich, daß das Unsin ist; denn das wäre ja nur der Fall bei ständiger wachsender Produktion. Die Produktion hat aber in Deutschland noch lange nicht einmal den Stand von 1913/14 wieder

\* Ich verwende die bei Marx üblichen Abkürzungen: Pm = Produktionsmittel, v = Arbeitslohn, c = Preis der Produktionsmittel, p = Profit, dazu U = Generaluntkosten.







# Zur Geschichte des Zollwesens in Deutschland

Von Franz Lauffötter, M. d. R.

Bei der Bedeutung der Zollfrage in der gegenwärtigen Zeit dürfte es nicht überflüssig sein, einmal die Entwicklung des Zollwesens in kurzen Zügen dem Leser vor Augen zu führen. Unter Zöllen verstehen wir öffentliche Abgaben, die von Waren erhoben werden, wenn diese die Grenzen eines Wirtschafts- oder Steuergebiets überschreiten, wobei es sich um die Einfuhr, die Ausfuhr oder die Durchfuhr von Waren handeln kann. Ihrem Wesen nach sind die Zölle Steuern, weil sie ohne Gewährung irgendeiner Gegenleistung zu entrichten sind, und zwar sind sie sogenannte *Konsumzölle*, insofern sie den Verbrauch belasten. Sie werden nämlich dem Händler oder dem Erzeuger auferlegt oder in der Praxis gewöhnlich dem, der die Waren befördert, aber in fast allen Fällen werden sie letzten Endes auf den Käufer oder den Verbraucher abgewälzt. Infolgedessen beeinflussen sie den Preis der betreffenden Waren, und zwar nicht nur die der Auslands-, sondern auch die der Inlandswaren.

Das frühmittelalterliche Deutschland hatte das Zollwesen von den Römern übernommen. Die Zölle, die ein Vorrecht der deutschen Könige waren, wurden weniger an den Landesgrenzen erhoben, weil dort von einem Warenverkehr kaum die Rede sein konnte, abgesehen davon, daß eine Überwachung der Grenze unmöglich war. Sie waren im wesentlichen *Passierzölle*, die bezahlt werden mußten beim Überschreiten eines Flusses oder beim Passieren eines Ortes mit lebhaftem Verkehr im Innern ihres Landes. Sie wurden betrachtet als eine Gegenleistung für die Benutzung der Verkehrswege, für das Geleit durch unwirtliche Gegenden und für den Schutz gegen räuberische Überfälle. Sie trugen also den Charakter von *Gebühren*. Von diesen Zöllen waren alle jene Waren befreit, die nicht Verkaufszwecken dienten, sondern für den persönlichen Gebrauch bestimmt waren. Diese *Vinenzölle* mußten naturgemäß verschwinden, als sich im Zeitalter der Territorialwirtschaft kleinere und größere Wirtschaftsgebiete bildeten, die sich gegenseitig von und gegeneinander abschlossen. Die deutschen Landesfürsten machten sich von deutschen Kaiser mehr und mehr unabhängig, dessen Macht zusehends schwand, während die übrige ständig zunahm, was besonders auf die Gründung der Feuerstätten und die Errichtung stehender Heere zurückzuführen ist. Sie richteten ihr ganzes Dichten und Trachten darauf, sich immer neue Einnahmen zu verschaffen, und zur Erreichung dieses Zweckes belegten sie die eingeführten oder durchgeführten Waren mit hohen Zöllen. Sie hüllten diese schmutzige Geldgier nach berühmten Mustern in ein vaterländisches Mäntelchen, indem sie sagten, die inländische Produktion müsse geschützt und das schöne Geld müsse im Lande, das heißt in ihrem Säckel bleiben. So wurde denn Deutschland in Hunderte von kleinen und kleinsten Wirtschafts- und Zollgebieten zerstückelt. Wer eine Ware durch Deutschlands Gänge transportierte, hatte das zweifelhafte Vergnügen, hundertmal sich schröpfen zu lassen.

Mit der Bildung größerer Nationalstaaten in Deutschland um die Wende des 19. Jahrhunderts entstand ein *nationaler Grenz Zollsystem*. Doch war auch dieses System dem Untergang geweiht. Zunächst schlossen sich noch die Einzelstaaten Bayern, Preußen, Sachsen usw. gegeneinander ab, oder mit der Einführung und der Ausdehnung der Eisenbahnen mußten diese Inlandszollgrenzen fallen, weil sie den wirtschaftlichen Notwendigkeiten widersprachen. Schon sehr bald fehlten Bestrebungen ein, das ganze Deutschland zu einem einzigen Wirtschafts- und Zollgebiete zu vereinigen; jedoch machte der Partikularismus als Ausdruck der Kleinstaaterei große Schwierigkeiten. Die schwereren wirtschaftlichen Schädigungen im Inlande und die Unmöglichkeit, dem Ausland gegenüber Einheitszölle zu schaffen, wurden immer deutlicher fühlbar. Der hervorragende Vorämpfer einer deutschen Zollvereinheit, Friedrich List, wies in einer Denkschrift vom Jahre 1819 nach, daß die 38 Zollgrenzen in Deutschland den Verkehr lähmen und das Wirtschaftsleben erdroffen müßten. Er gründete den Deutschen Handelsverein, dessen Mitglieder vorwiegend Fabrikanten und Kaufleute aus Süd- und Mitteldeutschland waren, die am meisten unter der Zollzersplitterung zu leiden hatten. Dieser Verein richtete eine Eingabe an den Bundesrat in Frankfurt a. M., worin die Abschaffung aller Binnenzölle und der Erlass eines deutschen Zollgesetzes gefordert wurde. Erst allmählich brach sich der Gedanke Bahn, daß eine Zollvereinheit unbedingt notwendig sei. Die Regierungen der verschiedenen Staaten Deutschlands traten dem Zollverein bei, der im Jahre 1834 ganz Deutschland umfaßte mit Ausnahme von Österreich, Holstein, Lauenburg, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz und den drei Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck.

Während die mittelalterlichen Zölle den Charakter von Gebühren hatten, weil sie als Entschädigung für Leistungen gedacht

waren, haben die Zölle in neuerer Zeit fast ausschließlich den Charakter von Steuern angenommen, insofern sie den Zweck verfolgen, dem Steuerfiskus Gelderinnahmen zu verschaffen. Sie dienen fiskalischen Zwecken und sind *Finanzzölle* geworden; sie müssen als *Aufwandszölle* bezeichnet werden, weil sie letzten Endes dem Verbraucher auferlegt werden. Im Laufe der Entwicklung, als sich zeigte, daß diese Finanzzölle auch die Inlandswaren verteuerten, kam der Gedanke der *Schutzzölle* auf, die bestimmt waren, die Erzeugung der Inlandswaren gegen den Wettbewerb der Auslandswaren zu schützen. Es sollte ein Zoll durch Verteuerung der Auslandswaren den Preis der Inlandswaren steigern und dadurch dem inländischen Erzeuger bessere Produktionsbedingungen bringen. In besonderen Fällen aber wurde der Zoll so hoch gesetzt, daß er die betreffende Ware völlig von der Einfuhr absperrte, damit für die inländische Ware jeglicher Wettbewerb beseitigt und dadurch für ihre Produzenten ein Monopol schaffte.

Sämtliche Steuerfachleute stimmen darin überein, daß der Schutz Zoll die Absicht verfolgt, die ausländischen Waren und damit auch die Erzeugnisse des Inlandes zu verteuern. Der ausländische Wettbewerb soll zugunsten des inländischen Erzeugers eingebremst oder, wenn möglich, ganz beseitigt werden. Infolgedessen kann der inländische Erzeuger für seine Waren höhere Preise fordern, ein vermindertes Angebot bei gleichbleibender Nachfrage zieht unweigerlich eine Preissteigerung nach sich.

Da der Staat, im besonderen Falle Deutschland, mit seinen Zöllen einen doppelten Zweck verfolgt, die inländische Wirtschaft zu schützen und sich gleichzeitig aus den Zöllen möglichst hohe Gelderinnahmen zu verschaffen, so verfließen Finanz- und Schutzzölle ineinander. Eine genaue Abgrenzung zwischen beiden ist unmöglich. Daraus erklärt sich die bekannte Tatsache, daß nicht nur die den Schutz begehrenden Erzeugertreife ein starkes Streben nach dem Zoll haben, sondern auch der Fiskus, vertreten durch den Finanzminister. Jedenfalls steht soviel unzweifelhaft fest, daß die große Masse der Verbraucher bei einem Zollsaare lassen muß. Vom Standpunkt des Verbrauchers ist also der Schutz Zoll rundweg abzulehnen, mag er auch vom Gesichtspunkt des Erzeugers seine Berechtigung haben. Zweifellos kann es besondere Fälle geben, in denen ein Schutz Zoll nicht von der Hand zu weisen ist. Auch den Arbeitern eines Erwerbszweiges kann unter Umständen an einem Schutz Zoll gelegen sein; aber in jedem Falle muß die Frage, ob Schutz Zoll oder nicht, gründlich untersucht werden. Vor allen Dingen darf nicht der Sondervorteil einzelner Unternehmergruppen bevorzugt werden auf Kosten des Allgemeinwohls.

Die Entwicklung der Schutz Zollfrage in Deutschland hat einen eigenartigen Verlauf genommen. Der preussische König Friedrich II. war als Merkantilist Anhänger des Schutz Zolls. Besonders versuchte er die Seiden- und Leinenindustrie in seinem Staate durch Schutzzölle künstlich großzuziehen. Es zeigte sich aber, daß dies Bemühen erfolglos war: Die beiden Industrien hatten keinen Vorteil von den Schutzzöllen, während die Krefelder Seidenindustrie ohne Schutz Zoll empordrückte. Die Erfolglosigkeit des Schutz Zollsystems hatte zur Folge, daß allgemein in Deutschland nach dem Jahre 1800 der *freie Handel* die herrschende Oberwasser bekam und daß in der Praxis der Freihandel der Staatswirtschaft seinen Stempel aufdrückte. Der Zolltarif von 1818 kannte nur sehr mäßige Schutzzölle, im Jahre 1821 wurden diese Schutzzölle noch wesentlich ermäßigt, und alle Zolltarife bis zum Jahre 1873 trugen ein fast freihändlerisches Gepräge. Das änderte sich, als im Jahre 1872/73 eine wirtschaftliche Stodung in Deutschland eintrat, die irrtümlicherweise dem Freihandel aufs Schuldkonto geschrieben wurde. Der Wettbewerb, den der amerikanische Weizen dem deutschen machte, trug im besondern dazu bei, daß die einstmals durchaus freihändlerisch eingestellte deutsche Landwirtschaft nunmehr schutz zöllnerisch wurde. Fürst Bismarck, vormalig ein überzeugter Freihändler, wurde ein fanatischer Schutz zöllner. Allerdings arbeitete der neue Zolltarif von 1879 noch mit niedrigen Sätzen. Aber da der Appetit beim Essen kommt, wurden die Sätze schon bald um das Drei- und Fünffache erhöht. Der viel umtämpfte Zolltarif vom 25. Dezember 1902 sah unter anderem Zölle für Weizen von 7,50 M. und für Roggen, Gerste und Hafer von 7 M. je 100 kg vor.

Unter der Einwirkung des Krieges und der Nachkriegszeit brach das deutsche Schutz Zollwesen zusammen, da es darauf ankam, möglichst viele ausländische Erzeugnisse hereinzulassen. Heute ist den agrarischen und industriellen Schutz zöllnern wieder der Kampf geschwollen. Und auch die Reichsregierung erhofft von den Schutz zöllen erhöhte Einnahmen. Das beweist die vor kurzem eingebrachte *Zollvorlage*, um die der Kampf im Parlament bereits heftig entbrannt ist.

## England vor einer ersten Krise

Die Lage in England spitzt sich immer mehr zu. Die Unternehmer von drei großen Industrien, des Bergbaues, dem Maschinenbau und der Eisenbahnen, verlangen von ihren Arbeitern unter Berufung auf das berühmte Schlagwort von der „Kettung der Industrie“ beträchtliche Opfer. Die Arbeiter haben das Arbeitsabkommen auf den 31. Juli gelündigt und verlangen die Rückkehr zum Achtstundentag. Eine für den 3. Juli anberaumte Konferenz der Bergarbeiter wird sich mit der endgültigen Stellungnahme zu befassen haben.

Die Unternehmer der Eisenbahnen verlangen angesichts des Rückganges der Einnahmen eine allgemeine Lohnkürzung von 5 vH. Die Arbeiter antworten darauf, daß die Gesellschaften nicht 5 bis 6 vH Dividenden auszuschütten brauchen, wenn sie wirklich eine erste Krise durchmachen. Die Verbände der Maschinenbauer werden binnen kurzem mit den Unternehmern Besprechungen über die Verlängerung der Arbeitszeit von 47 auf 50 Stunden und die Kürzung der Sätze für Überstunden und Nachtarbeit abhalten.

Da das Hauptübel die große und immer noch zunehmende Arbeitslosigkeit ist, hat der Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes für den 24. Juli einen Kongress zur Behandlung dieses Problems einberufen. Diese Tagung kann von großer Bedeutung sein, da sie vielleicht einen allgemeinen Appell an die Gewerkschaften zur Unterstützung der gegen die Arbeitszeitverlängerung kämpfenden Organisationen erlassen wird. Der Generalrat hat auch bereits Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten gepflogen und ihm die Entschuldigungen von Hull betr. die Verstaatlichung der Gruben, die Abnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland und die Vertretung der Arbeiter in den Untersuchungskommissionen der Regierung unterbreitet. Der Ministerpräsident gab jedoch keine bindende Erklärung ab.

## Ausdehnung des Metallarbeiterstreits in Belgien

Laut Statut unseres belgischen Erwerberverbandes muß, wenn es sich um einen Ausstand mit mehr als 10 000 Mann handelt, der Verbandsrat entscheiden. Dieser Bestimmung gemäß fand am letzten Sonntag (6. Juli) in Brüssel der Kongress statt. Wie wir dem Peuple vom 6. Juli entnehmen, war kaum ein Abgeordneter geneigt, noch eine Urabstimmung darüber vornehmen zu lassen, ob die Mitglieder die von den Metallindustriellen von 5 vH auf 2 1/2 vH verminderte Lohnkürzung annehmen oder zu ihrer Abwehr streifen sollten. Eine Abstimmung sei überflüssig, weil sich die Mitgliedschaften schon für den Streik entschieden hätten. Der Kongress beschloß dann auch fast einstimmig, „den Streik gegen die Lohnkürzung fortzusetzen und ihn auf alle Gebiete und Werke auszudehnen, wo dieser Lohnabzug angefündigt ist. Der Streik wird spätestens am 16. Juli verallgemeinert.“ In dem Bericht, den die Verbandsleitung dem Kongress erstattete, wird die Zahl der Streikenden auf 40 308 angegeben. Davon kommt der Großteil, nämlich 33 940, auf die (Schwerindustriellen) wallonischen Provinzen.

## Die Arbeitslöhne in Schweden

Im Juniheft der „Sociala Robbetandern“ veröffentlicht der amtliche Ausschuss für soziale Angelegenheiten das Ergebnis der lohnstatistischen Erhebung für das Jahr 1924. Die Erhebung umfaßte etwa 3000 Betriebe mit insgesamt 236 000 Arbeitern. Das durchschnittliche Lohnneinkommen je Jahr und Arbeiter betrug 1924 2300 Kronen, welcher Betrag im Vergleich mit dem Jahre 1918 einer Erhöhung von 111 vH gleichkommt. Das Durchschnittsneinkommen der männlichen Arbeiter (2680 Kronen) lag über, das der weiblichen Arbeiter (1520 Kronen) und der minderjährigen Arbeiter (880 Kronen) bedeutend unter dem Gesamtdurchschnitt. Wie in den vorhergehenden Jahren konnte auch 1924 eine Neigung zum Ausgleich des Lohnunterschiedes der männlichen und weiblichen Arbeiter festgestellt werden. Von 1913 bis 1924 ist z. B. der Lohn der weiblichen Arbeiter um 136 vH gestiegen, während bei den männlichen Arbeitern die Lohnsteigerung nur 108 vH betrug. Seit 1923 ist der Durchschnittslohn um 4 vH gestiegen. Seit 1920, als die Löhne am höchsten standen, ist jedoch eine Lohnsenkung von 28 vH eingetreten.

Ein Vergleich mit den Messzahlen der Lebenshaltungskosten gibt ein Bild über die Verschiebung der Reallohn in der Zeit von 1913 bis 1924. Bis zum Jahre 1919 stiegen die Löhne nicht so stark wie die Preise. Seit man sowohl den Preis- als Lohnindex im Jahre 1913 gleich 100, so waren die entsprechenden Zahlen im Jahre 1919 261 und 266; 1920 269 und 294; 1921 241 und 271; 1922 195 und 208; 1923 177 und 202; 1924 174 und 210. Nach dem Jahre 1920 sind demnach sowohl die Lebenshaltungskosten als die Löhne gefallen, aber durch das schnellere Sinken der Preise haben sich die Reallohnerehöht. Der Reallohn (1913 gleich 100) betrug 1919 gleich 98, 1920 gleich 109, 1921 gleich 112, 1922 gleich 107, 1923 gleich 114 und 1924 gleich 121.

## Spaltung in der japanischen Gewerkschaftsbewegung

Bereits auf dem im März in Kobe abgehaltenen Kongress des japanischen Gewerkschaftsbundes kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und Nichtkommunisten, und im Zusammenhang damit zur Abspaltung der kommunistischen Organisation. Nur trifft die Meldung ein, daß sich der Japanische Gewerkschaftsbund in zwei unabhängige Organisationen gespalten hat. Der „Japan Council of Labour Unions“ (kommunistischer Flügel) hat sich vom Japanischen Gewerkschaftsbund losgetrennt und in Osaka seinen Sitz aufgeschlagen. Sein Programm lautet: Schaffung einer politischen Arbeiterpartei und Organisation von Industrieverbänden mit vollständiger Unabhängigkeit. Angesichts der größeren industriellen Bedeutung hat der japanische Gewerkschaftsbund seinen Sitz von Tokio nach Osaka verlegt. Die Spaltung scheint sich demnach unter ähnlichen Umständen vollzogen zu haben, wie zum Beispiel kürzlich in Frankreich, wo sich bekanntlich der kommunistische Flügel ebenfalls im Zusammenhang mit einem Kongress von der Landesorganisation trennte.

liefern mehr. Die Bevölkerung ist hier zugänglicher, freier, leichtlebiger. Diese und ähnliche Eigenschaften wirken bei den in Städte wandelnden noch lange nach. Sie sind die Erfrischer und Aufrechter der städtischen Bewohner, sie bringen neues Leben, andere Sitten mit und das ist für die Entwicklung der Städte sehr wichtig.

Mit der fortschreitenden Entwicklung mahnt der Mensch den Kampf mit der Natur auf. Früher wich er ihr aus. Wenn es ihm zu heiß oder zu kalt war, wanderte er fort; wenn der Ertrag zu schlecht war, bearbeitete er nicht etwa den Boden besser, sondern er zog fort. So mühen die großen Volkswanderungen nach Regionen und nach Jahren schlechterer Witterung entstanden sein. Eine Gruppe mag die andere aufgerollt haben, dabei ging es nicht ohne Kampf der Gruppen ab, so entstand aus der friedlich begonnenen Wanderung ein großer Krieg. Der Kampf, den die Wandernden mit der Natur geführt hatten, den suchten sie dann mit ihren engeren Nachbarn und weiter entfernten Menschen aus. Gerade heute werden solche Gedanken eigenartige Entimmerungen: Die Menschen bekämpfen sich, anstatt sich die Natur dienstbar zu machen, mehr und besseres von ihr zu erhalten. Auch aus dem Kampf der Menschen untereinander entsteht besseres, zweckmäßigeres; es hat aber allen Anzeichen, daß dieser Kampf vielfach unwirtschaftlich ist. Es werden zum Beispiel Kräfte dabei vergeudet. Der Kampf mit der Natur ist wirtschaftlich wertvoller. So ist ein Streit, um mehr Brot zu erhalten, wertlos, wenn es beispielsweise möglich ist, mit Elektrizität den Pflanzenwuchs zu fördern oder mit Hochspannung eine reichlichere Ernte zu erzielen.

In unserem gemäßigten Klima muß viel gearbeitet werden, wenn der Bedarf an leiblichen und geistigen Gütern gedeckt werden soll. Aber da, wo sich die Menschen regen und spüren müssen, da entsteht Kultur des Bodens und der Menschen. Umgekehrt: Wo die Menschen von den reifen Früchten der Erde oder der Wärme leben können, da bleiben sie zurück. Also die wahre Ursache der Kultur der weißen Rasse ist auf das Klima und die Arbeit zurückzuführen, auf den Bedarf, den diese Völker haben. Das Klima hängt aber nicht nur von dem Breitengrad ab, unter dem die Völker wohnen, sondern auch von Meeres- und Luftströmungen. So bewirkt der Golfstrom, daß

sich die meiste Wärme an die norwegische Küste kommen. Dagegen kühlt der kalte großatlantische Gegenstrom die Küste Nordamerikas und schafft dort ein Klima von besonderer Art. Peters berichtet über die Wirkungen des Golfstroms in England: Der See, der England im Golfstrom heizt, ist nicht geringer, als der Mineralbeizig jenes Bodens. In jeder Haushaltung, in der Kleidung jedes einzelnen, in der Stadtwirtschaft macht er sich, meist unbekannt, geltend: er verjagt die Nebel, die der Schreden der Bewohner dieser Insel jäh; ihnen ist es zuzuschreiben, daß Schnee und Eis eine Seltenheit in England sind, daß die Weide im Winter wie im Sommer grün, daß das Vieh das ganze Jahr im Freien zubringen kann.“ Dieser Weidewirtschaft verdankt England die köstliche Güte seines Milch- und Hammelfleisches, den feinen Geschmack seiner Milch und Butter, die auch in den dunkleren Monaten den Charakter unserer Raibutter behält.

Der verstorbene Volkswirt Schmalzer betonte schon früher, daß mäßiges nördliches Klima mit seinem häufigen Wechsel der Witterung auf die geistige Willenskraft, Seelkraft auf den Körper anregend wirkt. Im Norden ist man arbeitamer, im Süden lebt man besser, läßt sich mehr gehen, lebt in den Tag hinein, bleibt in manchem zurück, und die Völker gewinnen dort leicht einen profetenhaften Zug.

Eine andere Eigenart der Arbeit ruft das Klima z. B. im mittleren Rußland hervor. Dort müssen die landwirtschaftlichen Arbeiter in etwa vier Monaten erledigt werden, in Deutschland hat man dazu etwa sieben Monate Zeit. Die Wirkung davon ist, daß jene Gegenden Rußlands verhältnismäßig mehr Arbeiter brauchen als Deutschland. Wenig bekannt ist, daß England ein für den landwirtschaftlichen Betrieb günstiges Klima hat. Das Pflanzen braucht kaum vier Wochen eingeeilt zu werden. Die Schafe können das ganze Jahr im Freien bleiben, für Rindvieh und Schweine genügen Dachschuppen. Die Pflanzen wachsen dort eine längere Zeit, infolgedessen bilden sie sich viel besser aus. So sehen wir, daß nicht nur das Klima den Ausschlag gibt, sondern vor allem auch die Arbeit. Aber immerhin: Gewisse Eigenschaften der Witterungsverhältnisse schaffen be-

sondere Produkte. So bewirkt die Feuchtigkeit der Luft in England, daß ein besonders feines Garn und daß durch die Ruhe der Luft in Irland ein sehr reines Linnen gewonnen werden kann.

Wie auf den Stoff, so sollen Wärme, Leuchtgrad, Feuchtigkeit und Bewegung der Luft auch auf den Willen und die Ausdauer zur Arbeit einwirken. „Die ungleich beweglichere, aber auch reichere sich aufreibende Natur der Anglo-Amerikaner im Vergleich mit den Engländern wird namentlich auf die größere Trockenheit des amerikanischen Klimas zurückgeführt.“ Zu der heutigen Natur hat aber auch die Verschiedenartigkeit der Einwanderer beigetragen. Zumeist starke und unternehmungsfreudige Menschen, maghafte Leute haben ihren Anteil an den Besonderheiten der Amerikaner.

Die Witterungsverhältnisse können aber bis zu einem gewissen Grade beeinflusst werden. Das Klima Deutschlands soll früher feuchter gewesen sein; durch die Aufrichtung vieler Wälder (was ganz besonders für die Vereinigten Staaten gilt) soll das Klima trockener geworden sein, ebenso durch die Ausrottung von Sumpfen. Weiter: Durch künstliche Bewässerungsanlagen kann eine Gegend bewohnbar und fruchtbar gemacht werden. Daraus leitet sich schon den Satz ab: Der Mensch ist ein Produkt der äußeren Bedingungen, solange seine Kraft zu gering ist, um die natürlichen Schwierigkeiten zu überwinden; sobald er aber Kulturpflanzen und Haustiere gewonnen hat, erhebt er sich über die geographischen Bedingungen.

Das Meer, die Flüsse, die Berge, die Wärme, der Regen, die Bodenbeschaffenheit, landschaftlich schöne Gegenden üben die größten Wirkungen auf die Volkswirtschaft aus. Der Kampf um bevorzugte Plätze ist uralte. Viele merken oft gar nicht, warum es geht. Der Auswanderer, dem es in der Heimat zu eng wird, sucht bessere Lebensbedingungen. Das ist der Kampf um einen besseren Platz im einzelnen. Der Kampf im größeren (der Völker untereinander) ist im letzten Grunde ein Kampf um die besseren Erwerbsgrundlagen. Dies wird äußerlich vielfach verwickelt, aber in Wirklichkeit ist es fast immer der Kampf um die Futtermittel. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, mehr und mehr die uns umgebenden Naturkräfte auszunutzen. S. a. b.



Lange Arbeitszeit — hohe Unfallgefahr

Aus Lüdenscheid wird uns geschrieben: Seit Bestehen der zehnjährigen Arbeitszeit haben wir in der Lüdenscheid Metallindustrie eine starke Zunahme der Unfälle und Krankheitsfälle zu verzeichnen. Die meiste Verschlimmerung ist durchaus erklärlich. Die elende Wirtschaftslage und die verlängerte Fron vermindert die Spannkraft der Arbeiter, so daß die kleinste Unachtsamkeit mit dem Verlust von einem oder mehreren Gliedern und Krankheit gebührt wird. In welchem Maße die Verlängerung der Arbeitszeit zur Ausbreitung des Übels beigetragen hat, ist an den folgenden Zahlen zu erkennen. Zunächst die Krankheitsfälle. Es waren krank im Jahre 1920 3,25 v. d. R. der Stammmittelglieder, 1921 3,28 v. d. R., 1922 3,14 v. d. R., 1923 aber 3,89 v. d. R. Die hohe Zahl des letzten Jahres ist auf die zehnjährige Arbeitszeit zurückzuführen. Durch den Übergang von der acht- zur zehnjährigen Arbeitszeit ist die Krankenzahl gegenüber den Vorjahren um 24 v. d. R. hinausgetrieben. Dasselbe Ergebnis bringt der folgende Vergleich: Im Jahre 1923 4956 Krankheitsfälle mit 141 575 Krankheitsstagen, 1924 6116 Krankheitsfälle mit 175 107 Krankheitsstagen. Somit eine Steigerung von 23,68 v. d. R.

Nun zu den Unfällen. Es wurden gemeldet im Jahre 1920 870 Betriebsunfälle, 1921 878, 1922 aber 456. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1924 in der Lüdenscheid Industrie monatlang verurteilt gearbeitet wurde. Zeitweis waren 60 v. d. R. der Arbeiterkraft als kurzarbeitend gemeldet. Viele Betriebe hatten umfangreiche Entlassungen vorgenommen. Die Beschäftigung war also erheblich geringer. Infolgedessen war die Arbeiterkraft lange nicht so stark der Unfallgefahr ausgesetzt, als bei normaler Beschäftigung. Und dennoch eine Steigerung der Unfallzahl um 22,2 v. d. R. Das Jahr 1925 scheint noch schlimmer zu werden. Zurzeit liegt der Abschluß der ersten fünf Monate, also bis zum 31. Mai vor. In diesen fünf Monaten sind nicht weniger als 276 Betriebsunfälle gemeldet. Häufig die Unfallhäufigkeit das ganze Jahr an, dann haben wir am Ende von 1925 612 Betriebsunfälle oder eine Zunahme von rund 50 v. d. R. Durch eine Rundfrage haben wir festgestellt, daß von den rund 12 000 Beschäftigten der hiesigen Metallindustrie 4200 Arbeiter oder Arbeiterinnen schon mal einen Unfall erlitten haben. Das sind 35 v. d. R. der gesamten Arbeiterkraft. Daß es sich nicht immer um leichtere Unfälle handelt, geht daraus hervor, daß 80 Hundertteile der gemeldeten Unfälle als entschuldigungsbedürftig anerkannt und bei 10 Hundertteilen das Verfahren zum scharfen Strafbuch von den zuständigen Stellen verurteilt worden ist. Von den von uns ermittelten Unfällen weisen 85 v. d. R. Hand- und Fingerverletzungen auf. Die verbleibenden 15 v. d. R. verteilen sich auf Augen- oder Kopfverletzungen, Verbrennungen sowie Arm- oder Beinbrüche. Von den Hand- und Fingerverletzungen fehlen 1 v. d. R. 4 Finger, 4 v. d. R. 3 Finger, 10 v. d. R. 2 Finger und 24 v. d. R. 1 Finger. Das ist allgemein so zu verstehen, daß die Finger unterhalb des Mittelgledes abgepreßt sind. Es sind also rund 40 Hundertteile von den Hand- und Fingerverletzungen, die einen oder mehrere ganze Finger opfern mußten. Die übrigen haben oberhalb des Mittelgledes ein und mehrere Glieder verloren.

Die Metallindustrie beschäftigt sehr viele Arbeiterinnen und Jugendliche. Demgemäß ist auch deren Anteil an der Unfallgefahr. Wenn, wie das leider sehr oft zu beklagen ist, einem Mädchen oder einer Frau zwei oder gar drei Finger der rechten Hand abgepreßt werden, so ist dieses arme Geschöpf das ganze Leben hilflos und auf fremde Hilfe angewiesen. Die Lebensversicherung kann kaum noch Hausarbeit verrichten, weder eine Kasse ansparen, noch sich viel im Haushalt nützlich machen. Schlimmer noch, wenn sie Mutter ist und Kinder zu versorgen hat.

Diese Zahlen, die sich meist auf amtliche Unterlagen stützen, neben eine sprachliche Sprache. Sie sind geeignet, die Öffentlichkeit aufzuklären gegen die Gesundheitsgefährdung und menschliche Glieder während langer Arbeitszeit. Rückkehr zum Achtstundentag ist das erste Gebot, dieses Raub an der Gesundheit des Proletariats einzubrennen. Ferner ist die stärkere Mitwirkung der Betriebsräte dringend erforderlich. Ihnen steht ja das VRS § 66 Ziffer 3 das Recht der Mitwirkung ausdrücklich. Sie müssen sich durchsetzen, verschaffen selbst gegen unerbittliche Arbeitskollegen. Aber auch die Behörden, denen die Steigerung der Unfälle bekannt ist, haben die Pflicht, mehr als bisher tätig zu sein. In Veranlassung kommt in erster Linie die Gewerbeaufsicht. Diese Behörde hat aber nach § 6 der VRS gleichzeitig die Befugnis, über die gefährliche Arbeitszeit hinaus Mehrarbeit zu gestatten, wenn dies vom Unternehmer beantragt wird. Die Genehmigung sollte nur dann erteilt werden, wenn in dem betreffenden Betrieb alle Unfallverhütungsmaßnahmen auf das gewisshafte durchzuführen sind und die Zahl der Unfallrentner in einem entsprechenden Verhältnis steht zur Gesamtzahl der Belegschaft. Eine solche Prüfung ist schon deswegen notwendig, weil sicher alles in „Ordnung“ ist, wenn der Gewerbeaufsichtsbeamte ermittelt wird. Die Bereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat angeordnet, daß sie mit ihrem Material an die Öffentlichkeit gehen wollen, um die Allgemeinheit über die Notwendigkeit der langen Arbeitszeit „aufzuklären“. Die Unternehmer fürchten den Volkszorn über den Achtstundentag. Wenn zu dieser Entscheidung angesetzt wird, dann wird jeder ein Kampf erwidern, um ihn noch keine politische Kraft anzuweisen hatte. Die Unternehmer werden in diesem Kampf alles einsetzen. Jedes Mittel ist ihnen ja recht. Wir werden daher ebenfalls alle unsere Kräfte einsetzen müssen, um den Massen wirksame Aufklärung über die schädlichen Wirkungen der langen Arbeitszeit zu geben. H. Rebermann.

„Vor solchen Unternehmern spricht jeder anständige Deutsche aus“

In einem Blättchen, das die Kampfbahn von Selben betreibt, wird dieses Wortlauten verurteilt, wie sie Forderungen in verschiedenen Beziehungen zeigen sollen. Dabei enthält dem Schreiber folgendes Verständnis:

„Es gibt Arbeitgeber, die sind der Meinung, die nationalen unternehmischen Arbeiter seien dazu da, damit sie billige Arbeitskräfte haben, sie seien dazu da, gegenüber den roten und schwarzen-rot-gelben Arbeitern als Stützpunkt zu werden; wie gesagt, es gibt solche Leute. Um es gleich zu sagen: Vor solchen Unternehmern spricht jeder anständige Deutsche aus. Aber sie haben sehr oft ein Gebären, als seien sie echte, rechte deutsche Männer. Und dann versuchen sie, ihr Unwissen, daß es keine Arbeitskollegen beispieles müßte. Außerdem wäre es von mir nicht recht, auf den gleichen Lohn Anspruch zu erheben, den die anderen auf Grund des Lohns erhalten. Da ist doch national und...“

Nach dem Verständnis dieses Schrebers betreffen also Unternehmer die sogenannten unternehmischen Arbeiter als Stützpunkt, die sich besonders an jenen lassen und überdies die Beschäftigung ihrer Kollegen betonen müssen. Das ist nun ganz richtig als die Befähigung einer längst bekannten Tatsache; inwiefern ist es gut, daß sie sich von einem Selben erklärt wird. Nur ist es unverständlich, warum er sich darüber erhebt. In welchem Zweck glaubt er wohl, daß die Unternehmer die „nationalen unternehmischen Arbeiter“ bezeichnen und unterliegen? Weil aus die „nationalen unternehmischen Arbeiter“ von Unternehmern ihren eigentlichen Dienstverhältnis schwebend werden, dann soll jeder anständige Deutsche“ der ihnen auszusprechen. Das ist ja wieder nicht, nur kann man meinen, daß die Unwissenheit aus auf jene Unternehmern angebracht werden müßte, die die „nationalen unternehmischen Arbeiter“ für die mit Spende zu bezeichnenden Unternehmer anzuweisen. Dann ist der Mitarbeiter des gelben Blättchens fertig.

Da ist ein unternehmischer deutscher Arbeiter... Aber da ist es nicht, um irgendeinen Schreber eine billige Arbeitskraft zu sein. Da ist es nicht, um irgendeinen vollkommenen Unternehmern die Scherz zu spielen.

Daß eine solche Erklärung von dieser Seite kommen geschien, ist, freilich zu dem Gefühl, daß die Aufklärung der hiesigen Arbeiter über die „nationalen unternehmischen Arbeiter“ noch länger ist, als wir wünschen. Der Mitarbeiter des gelben Blätt-

chens muß selbst eingesehen, daß es unter den Arbeitgebern Schurken und verkommenen Unternehmer gibt. Wie mühte er nun erst die nennen, die einseitige oder von bitterer Not getriebene Proleten in sogenannten unternehmischen Arbeitervereinen vereinigt den Unternehmern vorführen? Ein zweites Mal wird man in dem gelben Blättchen, so glauben wir, weder ein solches Verständnis noch eine derartige Einschärfung zu lesen bekommen, weil ihm schon dieses eine Mal schwer durch Mord und Pfennig gehen wird.

Die Blutschuld der Schwerindustrie

Der französische Schriftsteller Victor Marguerite schreibt ein Werk über Die Verbrecher, worin er die geheimen Verbindungen der „Internationale des Geldes und des Eizens“ bloßlegt. Er zeigt die Fäden auf, die schon vor dem Kriege das deutsche Essen mit dem französischen Kreuzot, die beiden Kriegswirtschaften, verbunden, indem die französische Hüttenindustrie sich schon im Jahre 1912 verpflichtete, an Krupp große Mengen des zur Herstellung von Brigganggeschossen unentbehrlichen Ferro-Silizium zu liefern und auch während des Krieges durch Vermittlung neutraler Länder diese Lieferungen fortgesetzt hat. Es ist dies ein Gegenstück zu Krupps im vorigen Jahre geltend gemachten Forderungen an die englische Rüstungsindustrie auf Zahlung einer Tantieme für Granatgranat auf Grund eines im Jahre 1902 abgeschlossenen Vertrages mit der Firma Vickers, den die Firma Krupp aus während des Krieges für gültig erachtete. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die deutsche Firma für jede englische Granate, die einen Deutschen zerrit, einen Blutsold einstreichen will. Um diesen gewissenlosen Verdienern die Taschen zu füllen, haben mehr als 8 Millionen Menschen ihr Leben lassen müssen, sind mehr als 6 1/2 Millionen Menschen verarmt worden.

Daß die Schwerindustrie aller Länder auch heute noch der lebhafte Dränger zum Vortritt ist, darüber hinaus aber, wenn in den eigenen Landesgrenzen im Augenblick nicht genügend Profit zu hoffen ist, ohne die geringsten moralischen Bedenken auch andere Länder, die ja später einmal sehr wohl als Feinde austreten können, mit Waffenlieferungen versorgt, zeigen neue Beispiele in England und Frankreich. Der vorher erwähnte größte schwerindustrielle Konzern Englands, der Vickers-Konzern, fordert von der Regierung „günstige“ Beurteilung von Gesuchen um Anleihen bestreuer Staaten, auch für Rüstungszwecke, das heißt mit englischen Geldern soll anderen Staaten die Steigerung ihrer Rüstungen ermöglicht werden. Und in der bekannten französischen Zeitschrift Revue des deux Mondes schreibt ein schwerindustrieller Finanzmann: „Wenn man es fertigbringen würde, wie viele es erträumen, den künftigen Zustand eines europäischen Friedens zu verwirklichen, oder wenn auch nur einige Länder, etwa Frankreich, diese gefährliche Mission hegen würden, so würden die Abzweigungen für Stahl und Eisen zu militärischen Zwecken außerordentlich geschmälert werden!“

Also, damit Eisen und Stahl in genügender Menge zu Granaten verarbeitet werden und einigen Schwerindustriellen feste Dividenden abwerfen, muß die Menschheit immer an dem Sprünge liegen, sich gegenseitig zu zerstören. Wann werden die Arbeitenden der ganzen Welt diesen fürchterlichen Schreier zerritzen und es ablehnen, sich für die Schwerindustrie eines kommenden Krieges zur Schlachtabant treiben zu lassen?

Stahlwarenindustrie und Weltmarkt

Ins Solingen schreibt man: Die Herstellung von Messerschmiedewaren in Deutschland hat durch den Wettbewerb anderer Staaten erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. In die Gebiete, die früher die deutsche Stahlwarenindustrie besetzte, ist der ausländische Wettbewerb, besonders der nordamerikanische, eingedrungen. Der letztere tritt meist und mehr als Konkurrenz auf, vorwiegend auf dem mittel- und südamerikanischen Markt, aber die amerikanische Nebenwirtschaft ist auch in anderen Erdteilen präsent. Die deutsche (Solingen) und die englische (Sheffield) Stahlwarenindustrie klagen hart über den Wettbewerb Amerikas auf allen Märkten, die früher Absatzgebiete der deutschen und englischen Industrie waren, und lehnen ab, die deutsche Anfuhr, die in die letzter englischen Absatzgebiete eingedrungen sei (zum Beispiel in Ägypten). In allen Erdteilen besteht zurzeit ein Kampf zwischen der Solinger und Sheffielder Stahlwarenindustrie untereinander oder mit der amerikanischen.

Die deutsche Anfuhr an Stahlwaren (Messerschmiedewaren) betrug im April 1925 nach dem Vereinigten Staaten 1 077 000 M., nach Großbritannien 1 636 000 M., nach Italien 678 000 M., nach Holland 506 000 M., nach Spanien 390 000 M., nach Frankreich 190 000 M., nach Belgien 148 000 M., nach Kanada 146 000 M., nach der Schweiz 174 000 M., nach Portugal 133 000 M. Daß Deutschland mit Nordamerika und England innerhalb dieser Länder wettbewerben kann, beruht teils auf seiner hochwertigen Arbeit, teils auf seinen niederen 2 1/2 Stunden, die eine Unterbietung der amerikanischen und englischen Preise ermöglichen. Die hohe Anfuhr nach England und Nordamerika widerlegen die Behauptungen der Unternehmer, daß Lohnverhöhnungen nicht möglich seien oder daß die Wettbewerbsfähigkeit mit Amerika keine Besserung verleihe.

Die Schwerindustrie hat Direktoren ab. Bekanntlich hat auch in den Kreisen der Unternehmer eine „Inflation“ von gewaltigem Ausmaß festzustellen. Nicht nur haben sich die Unternehmungen an sich, sondern auch die Direktoren noch vermehrt. In ihren Abwärt bewegt man jedoch, doch scheint man jetzt nicht mehr drum herum zu kommen. Die Schwerindustrie findet einen wesentlichen Abbau des Beamtenapparates an. Bei Thyssen sollen die Beamten von der Direktion bis zu den untersten Stellen hinab bis zu 30 v. d. R. abgebaut werden. In ähnlicher Weise sollen auch andere Werke vorgehen. Die Firma Krupp ist bekanntlich schon vor längerer Zeit von dem Abbau der Direktoren, Generaldirektoren usw. war allzu üppig emporgeschossen. Eine Verkleinerung von nicht geringem Umfange ist sehr geboten.

Eine Verkleinerung. In Nr. 27 der VZ beschäftigten wir uns unter der Epithete: „Wahrscheinlicher mit dem Achtstundentag mit einer Rede des Direktors der Hoersch-Werke, Herr Dr. Springorum, die er auf einem Bankabend zu Darmstadt gehalten hat. Er sollte nach der Hoersch-Zeitung und der Arbeiter-Zeitung gesagt haben, für das Hoersch-Werk bedeute die Wiedererrichtung der Achtstundentage ein Mehr von etwa 200 Mann und eine Mehrausgabe von jährlich 4 1/2 Millionen Mark. Da wir anzunehmen mußten, daß mit dieser Wiedererrichtung des Achtstundentags jene genannt sei, die laut Vereinbarung vom 21. Januar 1925 geschah, so hielten wir dem entgegen, daß von den Hoerscharbeitern der Firma Hoersch ja nur 325 Mann die Achtstundentage bekommen hätten, wozu wegen bloß 100 Mann zuzurechnen worden seien, was, wenn überhaupt, eine Mehrausgabe von nur dem geringsten Teil der von Herrn Dr. Springorum genannten Summe ausmache. Nun lautet aus das Hoersch-Werk eine Verkleinerung, was es heißt, Herr Dr. Springorum habe gar nicht von Hoerschbetriebe gesprochen, sondern nur gesagt, daß von den Hoerschbetriebe angeführt werde, in den Darmstädter Betrieben der Hoerschbetriebe allgemein den Achtstundentag einzuführen. Für seine Geschäftstätigkeit würde das allein ein Mehr von circa 2000 Mann im Durchschnitt bedeuten, was einer Mehrausgabe von jährlich 4 1/2 Millionen Mark ist. Das ist natürlich etwas anderes. In diesem Bericht kann man wieder einmal sehen, was es auf in einem so wahren und unerschütterlichen parlamentarischen Verfahren für Herr Dr. Springeler sein kann.

Schriftenschau

Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Schriftleitung Rob. Hömann. Die Nr. 14 enthält neben dem diesjährigen Inhalt noch eine 35seitige Beilage, die das zusammengefaßte Material über die brennendste Zeitsache „Berufsorganisation oder Industrieverband?“ enthält. Wir machen die Kollegen auf dieses Heft ganz besonders aufmerksam. Zur bevorstehenden Bundestagung des DAVB ist das Heft sehr wichtig.

Urania, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Monatshefte mit vierteljährlichen Buchbeigaben. Preis 1,50 M., geb. 2,25 M. Soeben ist das 10. Heft erschienen.

Die Körperkultur im Film. 1. Filmheft. Preis 1 M. Verlag Rich. A. Giesecke, Dresden-N. 24, Heitnerstr. 4. Aus dem Inhalt sind hervorzuheben: Kaufmann: Der Film im Dienste der Körperkultur; Konrad: Menschliche Körperkultur im Film.

Gefänge des Lebens. Dichtungen von Erich Grisar. Grisar ist in der Arbeiterbewegung ein Bekannter. Im vorliegenden Werk gibt er eine Reihe Gedichte, die aus dem Leben der Arbeit geschöpft sind. Preis 2,50 M. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

Politische Kaffeehäuser. Von Heinz Canow. Verlag J. D. B. Diez Nachf., Berlin SW 68. Preis Ganzleinen gebunden 2,50 M. Der Verfasser führt den Leser in die Zeit der großen französischen Revolution. Nicht das äußere Geschehen wird geschildert. Das Buch ist so etwas wie ein Bild hinter die Kulissen der Geschichte. Wir lernen die scharfe politische Propaganda kennen. Das Buch hat somit einen besonderen Wert.

„Ermonterte deutsche Geologie — Die Sächsischen Schweiz“ heißt ein neues Büchlein von Wilhelm Bölsche, das der Verlag J. D. B. Diez Nachf., Berlin SW 68, zum Preise von 2,50 M. in geschmackvollem Ganzleinenband herausgebracht hat. Einen vorbildlichen Führer durch die Schönheiten und Geheimnisse der Natur hat der weitbekannte Naturwissenschaftler da geschaffen. Nicht einen „Führer“ im üblichen hergebrachten Sinn, sondern eine samische geologische Klauerei, die durch all die romantisch-schönen Partien der Sächsischen Schweiz bis hinein in böhmisches Land führt und uns mit feinsinniger Erzählkunst in das geheime Wesen und Wirken der Naturkräfte einweilt.

Sogolophoff, Naturkraft, Mensch und Wirtschaft. Von Dr. Hubert Kammel. Mit 16 Abbildungen im Text, vier Vollbildern und farbigen Umrahmungen. Preis geb. 1,20 M., in Leinen geb. 2 M. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftstelle: Französischer Verlagshandlung, Stuttgart.

Vom Wajela. Von Kurt Witzhauer. Eine erste Anleitung für Kinder und Jugendgruppen. 48 Seiten stark. Preis kart. 80 H. — Heimatwanderung. Von Johann Charlet. Ein Buch, das ein Führer zum rechten Wandern und Schauen sein will. Das gefeldete Ziel ist erreicht, das Buch gehört in den Rucksack jedes Wanderlustigen. 96 Seiten stark mit 60 Bildern im Text. Preis in Halbleinen 2,50 M., Ganzleinen 3 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7-8.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (D. a. G.), Hamburg

Kollegen, werbt unablässig für die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Der Beitritt kann jederzeit bei den örtlichen Verwaltungstellen erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Hamburg 1, Weidenbörgerhof 70.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 19. Juli ist der 80. Geburtstag für die Zeit vom 19. bis 25. Juli 1925 fällig.

Wir eruchen die Mitglieder um bessere Beachtung des § 4 Abs. 4 und 5 des Statuts. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich vor Annahme ihm angebotener Arbeit bei der Verwaltungstelle, in deren Wirkungsbereich die Arbeit ausgenommen werden soll, darüber zu vergewissern, ob der Arbeitsannahme Gründe entgegenstehen.

Bei Ausenhaltswechsel ist jedes Mitglied verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und in gleicher Weise am neuen Ausenhaltsort anzumelden.

Keine Ortsverwaltung darf die Anmeldung von Mitgliedern annehmen, die dieser Verwaltung nicht vorkauf genügt haben.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit bezeichneten Verwaltungstellen Mitglied werden. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Statuts folgenden Bestimmungen in der angegebenen Höhe geschuldet:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Kreisstadt	10	10	10	—	30. Hoch
Bergbau i. S.	20	10	—	—	32. .
Waldbau	20	15	10	5	28. .
Grüß	20	15	10	5	29. .
Waldbau	10	5	—	—	30. .
Waldbau	0,50	0,20	0,10	—	31. .
Stuttgart	20	15	10	5	36. .
Waldbau	5	5	—	—	32. .

Beiträge in franz. Fr.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturlicher Rechte zur Folge.

Auswärtigen und an den Vorstand einzufenden ist das Mitgliedsbuch Nr. 5,713057, lautet auf den Bergbaudreher Kurt Büchmann, geb. am 11. Mai 1899 zu Leipzig-Sohlis, eingetreten am 12. März 1924 in Bremen.

Stuttgart, Altheimstraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Zellensarbeitern nach Berlin L., nach Chemnitz und Hohenstein-Ernstthal St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“, „Danziger West- und Eisenbahnervereinigungen A. G.“) D.; nach Gommersbach (Firma L. und C. Steinmüller) St.; nach Korwegen L.; 2. — Lohnbewegung; D. — Differenzen; v. St. — Streit in St.; St. — Streit; M. — Nachregelung; R. — Rüststände; A. — Auslieferung; Arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung erscheint, die Ernennung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufenden. Das Schriftbild ist von der Verwaltung der Mitglieder sorgfältig anzufügen, zum Ausdruck der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Danzig: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Städtische Altheimstraße 16